

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Englisch-französische Pläne.

London, 5. April. (WTB.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die augenblickliche kritische Lage im Ruhrgebiet zwingt die ersten Elemente der politischen Meinung in allen beteiligten Ländern, insbesondere in England und Frankreich, zu der Einsicht, daß eine

balbige Lösung

für das doppelte Problem der Reparationen und der Sicherheit gefunden werden müsse, wenn eine europäische Krise vermieden werden solle. Die Bewegung zugunsten einer praktischen Lösung gewinnt in amtlichen und nichtamtlichen französischen Kreisen an Boden. Führende französische Staatsmänner und Militärs hätten das englische Interesse an der künftigen Sicherheit Frankreichs begrüßt. Französische Staatsmänner hätten infolgedessen die in Betracht kommenden Fragen von einem weiteren und kaufmännischeren Standpunkte betrachtet als bisher.

Der Berichterstatter gibt die in manchen französischen einflussreichen Kreisen, „selbst einigen der höchsten“, herrschende Auffassung wie folgt wieder:

1. **Reparation:** Die Gesamtschuldung müsse jetzt auf eine verhältnismäßig bescheidene Summe herabgesetzt und der Hauptteil der Reparationszahlungen und -lieferungen zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete verwendet werden. Frankreich ermäßigte Mindestforderung für diesen Zweck betrage 26 Milliarden Goldmark. Andererseits werde vorgeschlagen, daß die Schulden der Entente-mächte an die Vereinigten Staaten auf Deutschland übertragen werden sollen. Dadurch könne die Forderung Großbritanniens an seine Alliierten in Höhe der britischen Schuld an die Vereinigten Staaten befriedigt werden. Dem Berichterstatter zufolge würde die gesamte Reparationsforderung auf Grund dieses Planes etwa 50 Milliarden betragen. Die deutschen Industriellen müßten wesentliche Garantien geben, während Berlin selbst die Notwendigkeit weitreichender internationaler Ueberwachung der Finanzen Deutschlands bereits zugegeben habe. Deutschland würde natürlich ein wesentliches Moratorium erhalten.

Sozialistische Friedensarbeit.

Macdonald über die Lösung des Ruhrproblems.

London, 5. April. (WTB.) Reuter meldet: Ramsay Macdonald sagte in einer Rede in Porthcawl (Wales), er sei kürzlich in Paris gewesen und habe festgestellt, daß man dort zugebe, Frankreich werde aus dem Ruhrgebiet keine Reparationen erlangen. Er und seine Kollegen hätten mit Mitgliedern des französischen, des belgischen und des italienischen Parlaments in Paris und anderswo zusammengearbeitet, um genau herauszufinden, unter welchen Bedingungen eine Regelung erreicht werden könnte. Er vertraue darauf, daß man einer Lösung des Ruhrproblems viel näher sei als vor drei Wochen. Die Arbeiterpartei bemühe sich, die englisch-amerikanische Zusammenarbeit mit Europa zustandzubringen, nicht für militärische und imperialistische, sondern für moralische Zwecke, damit Amerika, Großbritannien und andere Mächte eine großzügige europäische Politik einleiten könnten. Der Versailler Vertrag werde revidiert werden müssen.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Bregenz, 5. April. (Eigener Drohtbericht.) Das Zehnerkomitee, das zur Vorbereitung des Hamburger Weltkongresses eingesetzt wurde, trat gestern hier unter dem gemeinsamen Vorsitz der beiden Sekretäre Tom Shaw und Friedrich Adler zur Beratung zusammen. Weitere Teilnehmer der Konferenz sind: Wels-Deutschland, Abramowitsch-Rußland, Brade-Frankreich, Wouters-Belgien (an Stelle Vanderveides), Thomas-England (an Stelle Hendersons), Andersen-Dänemark (an Stelle Staunings), Ayres-England (an Stelle Walshs), der noch zusammen mit Crippen vom Kongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands erwartet wird. Zunächst eröfnete die Konferenz das Andenken des soeben verstorbenen Genossen Martow und sandte ein Beileidstelegramm an die Auslandsvertretung der menschenwürdigen Partei. Sodann wurden die Arbeiten der Konferenz in Angriff genommen. Tagungsort und Datum des Hamburger Kongresses wurden endgültig bestätigt und der Geschäftsordnungsentwurf für Hamburg durchberaten, was auch eine Nachsicht in Anspruch nahm.

Hoover über die Ruhrbesetzung.

Washington, 5. April. (TU.) Der amerikanische Handelssekretär Hoover erklärte mit Bezug auf die Rückwirkungen der Ruhrbesetzung für Amerika, daß bis jetzt dadurch die industrielle Tätigkeit Amerikas eher gefördert als gehindert werde. Das sei besonders für die Eisen- und Stahlindustrie der Fall. Es sei aber schwer zu sagen, wie lange dieser Zustand andauern werde. Auf der anderen Seite sei aber die Ruhrbesetzung mit Bezug auf den Absatz der amerikanischen landwirtschaftlichen Produkte an Deutschland sehr nachteilig. Deutschland habe bis zur neuen Ernte noch zwei Millionen Tonnen amerikanisches Getreide nötig. Es liege aber die Gefahr nahe, daß Deutschland die notwendigen Kredite hierfür nicht aufbringen könne. In diesem Falle sei in Amerika ein Preissturz für Getreide unvermeidlich.

Erste Lage in Rumänien.

Budapest, 5. April. (TU.) Der hier weilende rumänische Minister Stirser erklärte die Gerüchte über eine Revolution in Rumänien für unrichtig. Tatsache aber ist, daß in Rumänien in der Frage der Verfassungsreform ein heftiger Kampf zwischen Opposition und Regierung im Gange ist. Die Lage in Bukarest ist keines-

wegs so harmlos, wie es die offiziellen Blätter darstellen. Am letzten Sonntag fanden in Bukarest tatsächlich große Demonstrationen statt, die durch Militär unterdrückt wurden. Nach einer Blättermeldung hat eine große Demonstration vor dem Palais des Fürsten stattgefunden, eines intimen Mitglied des Hofstaates, stattgefunden, wobei zahlreiche Türen erdrückt und in den Sälen ungeheure Verwüstungen angerichtet wurden. Die Polizei mußte einschreiten. Alle Meldungen über Tote und Verwundete werden von der Zensur zurückgehalten. Die Lage in Rumänien ist unklar. Wenn auch die Nachrichten über eine Revolution und eine Flucht des Königs derzeit falsch sind, so ist es doch Tatsache, daß die Regierung Bratianu und die Opposition, in der auch die rumänische Bevölkerung der annektierten Gebiete eine Rolle spielt, in einem Kampf einander gegenüberstehen, dessen weitere Gestaltung sich heute noch nicht übersehen läßt.

Blutige Zusammenstöße in Bulgarien.

Sofia, 5. April. (TU.) Vor einigen Tagen waren aus der Stadt Jamboli Meldungen über einen blutigen Zusammenstoß mit Anarchisten hier eingetroffen. Nunmehr liegen genauere Nachrichten vor. Es hat eine förmliche Schlacht gegeben, die volle zwei Tage dauerte. Ungefähr eines Anarchistenkongresses sammelten sich 500 Anarchisten an. Die Gendarmen eröffneten nach einer vergeblichen Aufforderung an die Anarchisten, den Marktplatz zu räumen, das Feuer. Die Anarchisten stoben in die Häuser und erwiderten aus den Fenstern mit schweren Revolvern das Feuer. Aus Philippopol mußte ein Bataillon Soldaten zur Unterstützung der Gendarmen gerufen werden. Bei der Flucht ließen die Anarchisten 50 Tote und 30 Schwerverletzte in den Straßen zurück. Dem Militär sind 150 Anarchisten in die Hände gefallen.

Die Verhaftung Dr. Zschlins.

Der am Osterfesttag in Düsseldorf verhaftete Legationsrat und Mitglied der Pressestelle der Reichsregierung, Dr. Zschlin, ist nach seiner Verhaftung in das Gefängnis Düsseldorf-Derendorf gebracht worden, wo er immer noch festgehalten wird. Ueber seine Festnahme wird nunmehr folgendes bekannt: Am Osterfesttag früh 7 Uhr erschienen 4 französische Kriminalbeamte vor dem Hotel „Römischer Kaiser“ in Düsseldorf und erkundigten sich nach Dr. Zschlin, den sie jedoch nicht vorfanden. Als er um die Mittagzeit ins Hotel zurückkam, um seine Koffer in eine in der Nähe gelegene Wohnung, die er beziehen wollte, schaffen zu lassen, stellten die Kriminalbeamten an Hand einer Photographie seine Identität fest. Als er dann das Hotel verließ, folgten ihm die Kriminalbeamten und verhafteten ihn in dem Hause, in dem die Wohnung liegt.

Später, als er das Haus verlassen wollte, wurde er angehalten. Er mußte in die Wohnung zurückkehren, wo die Personalien festgestellt und seine Koffer durchsucht wurden. Daraufhin wurde er als verhaftet erklärt und abtransportiert.

Kauflust an der Börse.

Am Berliner Devisenmarkt zeigte sich heute eine seit langer Zeit nicht mehr beobachtete Häufung der Bedarfskäufe. Die Reichsbank sah sich zu sehr starken Abgaben genötigt, um die Kurse niedrigzuhalten. Man rechnet allerdings damit, daß der heutige Ansturm in den nächsten Tagen kaum noch anhalten werde, zumal derartige große Devisenkäufe auf die Dauer auch die Lage des inländischen Geldmarktes, der bisher noch ziemlich stillig war, beeinflussen dürfte. Die Kurse zeigten im Vergleich zu gestern so gut wie gar keine Veränderung.

Ein General und seine Helfer.

Die Schuld am Essener Arbeitermord.

Der kommandierende General in Essen, Jacquesmot, hat, wie schon im Morgenblatt berichtet, die öffentliche Befestigung der elf Todesopfer von Krupp großmütig genehmigt, „weil er der Ansicht ist, daß die Ereignisse nicht durch die Arbeiter selbst, sondern durch die Vertreter des Kapitalismus verursacht sind, die die Arbeiter gegen die Soldaten aufgehetzt haben.“

Dieser französische Militärerlaß veranlaßt uns zu einer grundsätzlichen Bemerkung: Mit Erstaunen hört man seit dem Beginn der Ruhrbesetzung aus dem Munde der französischen Generäle eine Phrasologie, die man vielleicht für ernstgemeint und aufrichtig gehalten hätte, wenn sie vor drei Jahren von den Führern einer vorrückenden Sowjetarmee angewandt worden wäre. Das Erstaunen über diese Ausdrucksweise französischer Generäle muß bei den französischen Arbeitern noch größer sein als bei den deutschen. Man sollte in Frankreich ernstlich darüber nachdenken, wie sich dieses Wunder erklärt, daß die Generäle, die drüben die strammsten Stützen des kapitalistischen Regiments sind, sich sofort in fanatische Feinde des Kapitalismus verwandeln, wenn sie ihren wohlbeschuhten Fuß auf deutschen Boden gesetzt haben.

Die Lösung dieses Rätsels ist jedoch gar nicht so schwer. Generäle, auch französische, haben im Durchschnitt militärische Gehirne, und solche Gehirne denken nur befehlsmäßig. Die Generäle haben den Befehl erhalten, bis auf Widerruf leidenschaftliche Gegner des Kapitalismus zu sein, und diesen Befehl führen sie stramm aus. Der Befehl ist ihnen erteilt worden in einer Instruktion, die sie bei Beginn der Ruhraktion erhielten und die infolge einer glücklichen Fügung vom Genossen Otto Wels am 25. Januar im Reichstag vorgelesen werden konnte. Darin war gesagt, es sei notwendig, bei den Arbeitern eine Propaganda zu entfalten, um die französische Aktion zu rechtfertigen. Dazu sollten namentlich die Offiziere jede Gelegenheit ausnützen. Es werden dann in der Instruktion die verschiedenen Gewerkschaftsverbände aufgezählt, mit deren Sekretären man in Fühlung zu kommen versuchen müsse. Dabei sei zu sagen, daß sich die deutsche Regierung systematisch im Interesse der Schwerindustrie ihrer Verpflichtungen entzogen habe, während Deutschland seine ökonomische Lage aufbesserte. Auf die großen Gewinne der Industrie sei hinzuweisen, ebenso auf den Sturz der Mark, unter dem die Arbeiter litten. Frankreich habe das Ruhrrevier zum Pfand genommen, es beabsichtige, sich dort an die Stelle der deutschen Regierung zu setzen, um den Geldhandel ins Gleichgewicht zu bringen. Die deutsche Arbeiterklasse müsse verstehen, daß ihre Interessen dieselben seien wie jene Frankreichs. Das demokratische und republikanische Frankreich (!) wolle nicht den Arbeiter ausnützen, sondern ihn leben lassen bei Löhnen, die besser in Einklang stünden mit der erzeugten Arbeit. Frankreich werde die für seine Reparationen nötigen Summen den Großkapitalisten, den Ausbeutern der Arbeiter, auferlegen.

Danach muß auch dem Einfältigsten klar sein, daß die Redensarten der Herren Degoutte, Jacquesmot u. Co. nichts anderes sind als eine schamlose Kriegslist. Von altersher gehört es zu den Mitteln der Kriegsführung, Gegenstände, die innerhalb der Bevölkerung eines zu okkupierenden Gebiets bestehen, zugunsten der eindringenden Armee auszunutzen. Napoleon hat sich dieses Mittels bedient, ebenso Bismarck 1866 bei dem Einmarsch in Böhmen; die zahllosen Proklamationen, Aufrufe, Fliegerzettel usw. aus der Weltkriegszeit sind noch in allgemeiner Erinnerung.

Die Arbeiter des Ruhrreviers haben sich in ihrer großen Masse als politisch viel zu gut unterrichtet erwiesen, als daß sie auf diesen plumpen Schwindel hineingefallen wären. Sie sahen auch, wie sich der Druck der Okkupation immer ausschließlicher gegen sie richtete, daß sie es waren, denen alle Opfer an Entbehrungen, Demütigungen und Blut auferlegt wurden, und so wenig sie Hassler irgendeines fremden Volkes sind, so aufrichtig und tief hoffen sie die militärische Willkür-gewalt, die ihnen jetzt in französischen Uniformen mit französischen Tanks und Maschinengewehren entgegentritt.

In dieser Atmosphäre ereignete sich nun der grauenhafte Arbeitermord von Essen. Die Schuld an ihm ist so vollständig klargelegt, daß nur böser Wille die Spuren verwischen, nur grenzenlose Borniertheit solche Verwischung begünstigen kann. Trotzdem haben die kommunistischen Mitglieder des Kruppischen Betriebsrats — wundervolle Verfechter der „proletarischen Einheitsfront!“ — es fertiggebracht, eine abgesonderte Erklärung zu erlassen, die so gehalten ist, als ob sie den Zweck verfolgte, freilich mit ganz unzureichenden Mitteln, dem französischen Militarismus zu Hilfe zu eilen. Was hat der Winderheitsbericht anzuführen? Es sollen bei Krupp Flugblätter nationalsozialistischen Inhalts verbreitet worden sein, die u. a. die Aufforderung enthalten sollen, „die Bestien niederzuschlagen“. Mag dies auch geschehen sein, so steht doch fest, daß dieser verbrecherische Unsinns auf die Arbeiterschaft nicht den allermindesten Einfluß ausgeübt hat. Die französischen Maschinengewehre haben ja auch nicht auf Flugblätter geschossen, sondern auf Arbeiter, die sich zu der Aufforderung der Flugblätter entgegengesetzt verhielten!

Der kommunistische Winderheitsbericht schreckt trotzdem nicht davor zurück, für den verübten Arbeitermord einige lahme

Entschuldigungsgründe vorzubringen, indem er folgende erzählt:

Ein beträchtlicher Teil der vor der Autohalle befindlichen Menge war trotz des eifrigen Bemühens der Betreuer so verhebt, daß er keinerlei Vernunftgründen zugänglich war. Ueber aberne Drohungen vieler gingen einzelne nationalsozialistische Elemente dazu über, sich in die Ladeeinrichtung hineinzuschleichen. Andere versuchten, von der rückliegenden Wand aus einzudringen. Dazu kam der eindringende Dampf der hinter der Halle stehenden Lokomotiven. Durch dieses unverantwortliche Verhalten nationalsozialistischer Elemente fühlte sich anscheinend das Kommando bedroht und ging nach ein paar Schreckschüssen unmittelbar dazu über, in die schon stehende Menge zu schießen mit dem bis jetzt feststehenden einschlägigen Ergebnis von 11 Toten und 32 Verletzten.

Hat man jemals erlebt, daß Kommunisten für das Verhalten deutscher Polizeibeamten in ganz anders gearteten Fällen — wo wirklich schwere Gewalttätigkeiten im Zuge waren — ein ähnliches Verständnis aufgebracht hätten? Erst neulich las man in der „Roten Fahne“, daß sozialdemokratische Führer „Arbeiter mit dem Polizeisäbel niedermeßeln lassen“, und man erinnert sich der lobenden, freischendlichen Entlastung des KPD-Blattes über diesem gänzlich erlogenen Tatbestand. Aber französisches Militär darf sich durch eine Menge, die sich — entlegentlich — „in die Ladeeinrichtung hineinschiebt“, und durch etwas ausströmenden Lokomotivdampf „bedroht fühlen“ und auf Arbeiter schießen!

Der kommunistische Minderheitsbericht kann keine einzige Tatsache anführen, die für das Verhalten des französischen Militärs entlastend wäre. Selbst er behauptet nicht, daß auch nur die geringste Täuschung gegen die Soldaten vorgekommen sei. Trotzdem wird er den Schuldigen des Essener Arbeitermords als wohlgemeinten Versuch, sie wenigstens einigermaßen zu entschuldigen, hochwillkommen sein. Der General Jacquesmot hat seine Helfer gefunden — bei den Kommunisten!

Wir erhalten folgende uns dröhnlich übermittelte Erklärung:
Essen, den 4. April 1928.

Die Vorgänge bei der Firma Friedrich Krupp in Essen veranlassen mich, einige Darstellungen zu geben, damit nicht Dinge in die Welt gehen, wie sie die KPD-Presse („Ruhr-Echo“ Nr. 77 und 78) zur Verwirrung der öffentlichen Meinung verbreitet.

Als Tatbestand ist folgendes festzustellen: Der Bericht des Betriebsrats von Krupp ist objektiv. Die Franzosen besetzten morgens gegen 7 Uhr die Kraftwagenhalle in der Altdorfer Straße und am Schiederhof. Letzterer wurde nach kurzer Zeit wieder geräumt, während ein Offizier und 11 Mann in der Wagenhalle auf der Altdorfer Straße weiter verblieben mit der Angabe, auf die Militärkommission zu warten, um dann mit dieser gemeinsam abzugehen. Um 9 Uhr setzte die Firma Krupp ihre Sirenen in Bewegung mit Zustimmung des Arbeiterrates — auch der KPD-Mitglieder. Ich begab mich sofort zum Arbeiterratsbüro und traf dort um 9.20 Uhr ein. Bei meiner Ankunft dort war die Altdorfer Straße sowie auch die anliegenden Gebäude der Firma Krupp mit Arbeitern und anderen Personen angefüllt. Nach kurzer Unterhaltung mit den maßgebenden Kollegen des Betriebsrates war man dort einstimmig der Meinung, daß unter allen Umständen Verwicklungen ersterer Art vermieden werden müßten. Der Betriebsratsvorsitzende war nicht anwesend, offenbar war er an anderer Stelle bemüht, Verhandlungen mit der Militärkommission zu erreichen. Etwa 9 1/2 Uhr kam die Meldung vom Direktorium, daß die französische Militärkommission auf eine Beschlagnahme der Autos verzichte. Die Sitzung des Direktoriums war damit beendet. Nun begaben sich sofort sämtliche anwesenden Arbeiterratsmitglieder auf die Straße, um eine

Verhandlung mit den französischen Truppen

zu erreichen, damit dieselben abziehen sollten und es auch ohne Schaden zu nehmen tun könnten. Inzwischen war es nach 10 Uhr geworden. Die Kommission konnte ihre Mission nicht mehr ausführen, weil

der Offizier Verhandlungen brüst abkante und den Weckführer der Kommission mit der Waffe bedrohte.

Es ist verständlich, daß sich unter die Arbeitermenge auch aller-

hand anderes Volk einmischte, da es darauf abgesehen hatte, zu provozieren. Einige Angestellte verteilten auch Flugblätter gegen die Besetzung. Die Provokationen waren jedoch keineswegs so, daß auch nur einer der Soldaten oder der Offiziere verletzt worden wären. 10 1/4 Uhr fielen

die verhängnisvollen Schüsse

und das Unglück war geschehen. Gegen 11 Uhr kam ein verdecktes Auto mit den zwei französischen Zivilisten, die aufgefordert wurden, den Wagen zum Krankentransport zur Verfügung zu stellen. Dieses wurde abgelehnt. Nun wurden die Zivilisten heruntergeschleift, verprügelt und der Wagen verbrannt. Das „Ruhr-Echo“ vom 3. April bringt einen langen Artikel, der besonders unter der Arbeiterschaft sehr starken Unwillen und Kopfschütteln erregt hat, denn der am Samstag, den 31. März, im „Ruhr-Echo“ geschriebene Artikel steht in flagrantem Widerspruch zum Artikel vom Dienstag, den 3. April. Des weiteren wird in Nr. 77 vom 3. April behauptet, daß eine Anzahl Fabriklokomotiven herangezogen worden seien, die zur Ausräucherung und Verbrühung der Soldaten dienen sollten. Ein ärgerlicher Unfug ist doch wohl noch nie geschrieben worden! Die kleinen Kruppischen Fabriklokomotiven standen etwa 20 bis 25 Meter hinter der Kraftwagenhalle, dazwischen eine Wand mit Fenstern — wie da eine Ausräucherung und Verbrühung ausgeführt werden soll, ist dem Sachmann nicht verständlich. Der Untersuchung gegen den Betriebsführer Groß von der Kruppischen Behringwerkstatt möchte ich nicht vorgreifen, aber nach dem Bericht meines eigenen Sohnes, der in demselben Betriebe beschäftigt ist, hat Groß den Behringlingen nur erklärt, daß sie nach der Altdorfer Straße gehen möchten, die Franzosen wollten das Auto beschlagnehmen. Von einer Bewaffnung ist ihm nichts bekannt.

Ich kann versichern, daß man, wenn man selbst eine klare Stellung nicht eingenommen hat oder nicht einnehmen darf, hinterher versucht, einen Prügeljungen zu finden. Nur so erklären sich die Darstellungen der KPD-Presse, die weder ein Ruhmesblatt für sie selbst noch für die gesamte Arbeiterschaft sind.

R. Wolf,
Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Sozialdemokrat im KPD.-Dienst.

Aus Seisenkirchen wird uns geschrieben:
Gegen das Mitglied der hiesigen Parteioffiziersorganisation, Ernst Friege, ist ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden. Friege hatte als Mitglied unserer Partei, was von der kommunistischen Presse wohlgefällig vermerkt wurde, der Frankfurter kommunistischen Betriebsrätekongressen präsidiert. Er ist jetzt geständig, dafür mit reichen Geldmitteln versehen worden zu sein und von Klara Zettin den Auftrag erhalten zu haben, unter allen Umständen in der Sozialdemokratischen Partei zu bleiben. Diesen Auftrag wird er nun nicht mehr ausführen können, da er in bezugtem Zustand mit seiner gutbezahlten geheimen Mission renommiert hat und damit an den Unrechten gekommen ist.

Die „proletarische Einheitsfront“, wie sich die Kommunisten sie vorstellen, enthält sich immer großzügiger. Sie soll dadurch begründet werden, daß die KPD. mit Mosauer Spitzelgeld besetzte Geheimagenten in der Sozialdemokratischen Partei unterhält! Es gibt offenbar schon gar keine Lumperei mehr, vor der die KPD. zurückschreckt, wenn es gilt, in den festen Blut der politischen Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, Sprengminen zu legen. Für unsere Partei bedeutet der Seisenkirchner Fall eine Warnung zur Vorsicht!

Französische Streikbrecherwerbung.

Karlsruhe, 4. April. (Ca.) Nach französischen Meldungen sollen im Eisenbahndirektionsbezirk Karlsruhe 40 Deutsche und Oesterreicher in französische Dienste getreten sein, die unter dem aus Berlin stammenden früheren Kaufmann Fritz Altmuth arbeiten. Als Werbender für französische Dienste trat der frühere Postkassener Heinrich Heipfemaier aus Linden auf.

Frankfurt, 4. April. (Ca.) Unter der deutschen Eisenbahnerschaft des besetzten Gebietes wird zurzeit von französischen Offizieren und Unteroffizieren eine eifrige Werbearbeit zum Eintritt in französische Eisenbahndienste betrieben.

Augenblicke von bezauberter Wut nicht selten, so gewinnen doch Humor und eiserner Wille immer wieder die Oberhand. Ein unbedingter Glaube an einen endgültigen Sieg festigt das Ganze. Dort ist kein Platz für Hege und Kriessverherrlicher. Das zeigt jener Geist mehr als die Mannequins an Maschinenengewehren und anderem derartigen Spielzeug.

Und der Eingeborene wundert sich, wenn er sieht, wie Nachrichten aus dem besetzten Gebiet gemacht werden. Wenn in der Glosse Zeiter und Mordio über Gruesalaten der Franzosen geschrieben wird, von denen die Front nichts oder ganz wesentlich anderes weiß. Die Bevölkerung fürchtet die Truppen nicht, sie kennt sie und weiß, wie sie ihnen zu begegnen oder sie zu umgehen hat. Wesentlich größere Gefahren bringen ihr nichtseiner Brüder, die durch die Ausweisung der Schutzpolizei die nötige Bewegungsfreiheit erlangt haben. Doch die Bevölkerung glaubt, daß das Polizeipräsidium, des in letzten Tagen sich des Oberstkommandierenden wurde, seiner alten Bestimmung in nicht zu langer Zeit wieder zugeführt wird.

Und dieser Glaube hält die Bevölkerung letzten Endes hoch. Er erhält ihr die Laune, Geduld und läßt sie manche Schilane ertragen. Er läßt sie manche Mühe überwinden. Dieser Glaube an den Sieg, an eine gute Sache macht sie lächeln, auf Grund ihrer starken Natur eine Schlacht zu schlagen, die größere Bedeutung hat als die von Leipzig. Es ist eine Schlacht, in der Geist und Gewalt gegenüberstehen, deren Ausgang die Welt- und Menschheitsgeschichte einer neuen Ära entgegenführt.

Neues Volkstheater: „Emilia Galotti“ von Lessing. Ein schöner Theaterabend der Volksbühne. Die intime Kunst der Charakteristik des Dialoges des Aufbaues in diesem lange nicht gespielten Werke stimmt zu neuer Bewunderung. Viele Jahre hat sich Lessing mit dem Plane getragen, zu dem ihm die Erzählung von dem alten Römer den Anstoß gab, der seine eigene Tochter erstickt, um sie vor den Händen des tyrannischen Despoten Appianus Claudius zu bewahren. Die heroische Tragödie, die er anfangs schreiben wollte, gestaltete sich ihm, der in seiner berühmten Dramaturgie die Forderungen einer neuen vom Bomp aller Staatsaktionen abgeleiteten rein menschlichen Dramatik vertreten hatte, zu einem bürgerlichen Trauerspiel, das in der Schilderung eines Einzelschicksales zugleich fürchterliche Anklage wider die Frense des damaligen Absolutismus und seiner Helfershelfer erhob. Gleich an Gleich im festen Gefüge entwickelte sich der Gang der Handlung. Nur die Schlusswendung vermag nicht recht zu überzeugen, daß das hochherzige Mädchen, dessen Verlobter soeben unter schwerster Mißhandlung des Bringers ermordet wurde, den Verführungskünsten dieses Menschen schließlich zu unterliegen suchte, daß sie deshalb den Vater bittet, ihr den Dolch ins Herz zu stoßen, und dieser ihr willfährig, befreit das Gefühl. Der alte Römer protestierte durch seine blutige Tat, die das Signal zum Aufstand wurde, wider Vergewaltigung seines Kindes. Der bloßen Fürcht vor der Verführung, die die Lessingsche Emilia in den selbstgewählten Tod treibt, fehlt, wie das Drama ihr Wesen in den früheren Szenen malt, das Zwingende der Motivierung. So wirkt der Ausgang mehr symbolisch.

Werbung auch in Berlin!

Von einem Berliner Arzt wird uns geschrieben:
„Bestern erzählte mir ein Patient in der Sprechstunde so nebenbei, daß er in einigen Tagen ins besetzte Gebiet reisen wolle, um als Eisenbahner in französische Dienste zu treten. Sein Better sei nebst mehreren Bekannten schon dort; das französische Konsulat in Berlin stelle die Pässe aus. Als ich ihm das Verwerfliche solcher Handlungsweise klarmachte: — Landesverrat, Streikbrecherarbeit größter Art, spätere Abführung durch die Franzosen usw. — war er über diese Konsequenzen sehr erlaunt; das hätte er gar nicht gemerkt, da würde er sich die Sache doch überlegen. Ich teile Ihnen diesen Vorfall mit, damit Sie die maßgebenden Stellen auf die Werbetätigkeit des französischen Konsulats aufmerksam machen und die Arbeiter vor den Streikbrecheragenten warnen.“

Die Putschisten in Thüringen.

Rechtsradikale Blätter glauben noch immer, die Mittelungen über rechtsradikale Putschvorbereitungen in Thüringen anzuzweifeln zu dürfen. Man gefällt sich in leichtfertigen Verdächtigungen des thüringischen Ministeriums des Innern, weil das Ministerium gegen die Machenschaften der Gewaltpolitiker mit Nachdruck eingeschritten ist. Gegenüber diesem Verdunkelungsbestreben wird jetzt vom Thüringer Pressesamt mitgeteilt:

Das in Thüringen entdeckte, umfangreiche Besatzungsmaterial, wie es in Weida, Gera, Hildburghausen, Meiningen, Ilmenau, Arnstadt und Sondershausen gefunden wurde, ist am 31. März dem Oberreichsanwalt in Leipzig mit Anzeigen auf Hochverrat, Geheimbündelei, Organisation bewaffneter militärischer Verbände und wegen schwerer Verstöße gegen den § 7 Ziffer 3 bis 6 zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 eingereicht worden.

Deutschnationale Landgemeindepolitik.

Bestern fand in Berlin ein Vertreterkongress des Verbandes der preussischen Landgemeinden statt, der im Oktober v. J. durch Verschmelzung der bisher konkurrierenden beiden ständlichen Kommunalerbände gebildet wurde. An der Spitze dieses Verbandes stehen zwei deutschnationale Agrarier, ein deutschnationaler Industrieller und ein Geschäftsführer ist der bisher beschäftigungslose Landrat aus der wilhelminischen Zeit Dr. Gerek. Auch der aus 18 Personen bestehende Hauptvorstand setzt sich in seiner überwiegenden Mehrheit aus Deutschnationalen zusammen. Das ist um so bemerkenswerter, als ihm je 6 Vertreter der Industrie, Landgemeinden- und Gutsbezirke angehören. Dieses Gremium, in dem das agrarische Element ganz unbedeutend dominiert, kann unmöglich die Interessen der kleineren und mittleren Landgemeinden vertreten und ausschlaggebend wird in allen Fällen das Land in des Wortes ursprünglicher Bedeutung, werden die Agrarier sein.

Wie weit die Industriegemeinden mit dieser „Interessenvertretung“ kommen werden, wird schon klar aus der Tatsache, daß Dr. Gerek in seinem Vortrage über die wichtigsten Fragen der Landgemeinden forderte, daß bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer eine Verteilung je zur Hälfte nach örtlichem Aufkommen und nach der Einwohnerzahl vorzunehmen ist. Wo bleibt hier das „Interesse“ für die Industriebezirke, die durch einen solchen Beschluß, kommt er zustande, schwer geschädigt werden müssen? Weiter sollen in der Besetzung derselben rein agrarischen Interessen die Gutsbezirke grundsätzlich als öffentlich-rechtliche Körperschaften den Gemeindegemeinden gleichgestellt werden. Sollte das Ministerium gewillt sein, Gruppen zu bilden, verlangt man diese un- verhältnismäßig groß, mit anderen Worten: die Steuer soll auf die größeren Landgemeinden und insbesondere auf die Städte abgewälzt werden! Typisch für den Geist dieses Verbandes ist auch eine Entschleunigung, die Bestern angenommen wurde und nach der Kultusminister Dr. Boelck er sucht wird, dahin zu wirken, daß künftig die Lehrer auf dem Lande nicht mehr zu Schulverbänden, sondern ernannt werden dürfen und in der weiter verlangt wird, daß die Naturalbezüge der Lehrer nach dem „durchschnittlichen Umfahpreise“ auf das Gehalt angerechnet werden.

Die zuständigen amtlichen Stellen und unsere Genossen in den Kreis- und Provinzialvertretungen dieses Verbandes werden gut tun, auf die Geschäftsführung dieses Verbandes ein wachsameres Augenmerk zu richten.

Vortrefflich war der Pring des Herrn Khasz. Eine jugendlich geschmeidige Erscheinung von lebenswürdig bestückendem Reiz in aller Verderbtheit seines abgründigen Egoismus. Hah süßlich kam die Leidenschaft der neuen Liebe, welche ihn erfaßt hat, in dem Spiel zum Ausdruck. Sehr gut auch Rose Dichtenstein als abgedankte Orsina, die Eifersucht und verletzter Stolz bis an den Rand des Wahnsinns drängen, und Beatrice Fink in der Figur Claudias, der weislichen Mutter, über deren sorglosen Sinn dann das Verhängnis so erschütternd hereinbricht. Gertrud Rahn repräsentiert die Emilia mit wohlweislichem Gelingen, Peter Ihle den Schurken Marinelli, den Vater Oberarda Herr Steckel. Die dekorativen Hintergründe waren einfach und geschmackvoll. Das Ganze eine Leistung, die der Regie Paul Günthers Ehre machte. dt.

Spende für Arno Holz. Am 26. begehrt Arno Holz seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß stifteten Freunde des in bedrängter Lage lebenden Dichters wertvolle Handschriften, Originalgraphik, Luxusdrucke, und bitten hierdurch den Verehrerkreis von Arno Holz, sich an dieser Aktion durch ähnliche Spenden zu beteiligen. Die für diesen Zweck bestimmten Werte sind abzugeben im „Bücher-Kabinett“, Charlottenburg, Rommsenstraße 12 (Stpl. 4572), wo sie am 25. April, 4 Uhr, öffentlich versteigert werden. Der gesamte Erlös wird ohne jeden Abzug dem Dichter zugeführt werden.

Einfuhrverhinderung für deutsche Kunstwerke. Künstler, die ihre Arbeiten ins Ausland schaffen, haben bei den jetzigen strengen Zollbestimmungen Schwierigkeiten, die Werte abgabefrei nach Deutschland hineinzubringen. Auch Arbeiten, die sie auf Studienaufenthalten dort neuerdings schufen, wollte die Zollbehörde anhalten. Daraufhin hat der Reichswirtschaftsverband eine Entscheidung des Reichskommissars erzielt, die die Zollstellen ermächtigt, die Einfuhr von plastischen Werken und Gemälden, die inländische Künstler nachweislich im Ausland angefertigt haben und auf ihrer Rückreise mit sich führen oder sich nachschicken lassen, ohne Einfuhrbewilligung zuzulassen. Wie dieser Nachweis zu führen ist, das nach eigenem Ermessen zu entscheiden, wird den Zollstellen überlassen, die nun hoffentlich damit nicht weitere Schwierigkeiten an unredlichen Ort machen.

Der Entdecker der Pharaonenräuber. Lord Carnarvon ist an einer Lungenerkrankung, die zu seiner Dispositionierung hinzugekommen war, gestorben.

Die Große Berliner Kunstausstellung wird auch diesmal wie alljährlich im Mai und zwar am Sonnabend vor Pfingsten im Landesaustellungsgelände eröffnet werden. Neben dem Verein Berliner Künstler, der Rossmacher-Gruppe und dem Bund Deutscher Architekten, die sich korporativ beteiligen — ob die beachtlichste Beteiligung der Pflücker-Künstlerfamilie ausüßbar ist, wird von der Weiterentwicklung der politischen Verhältnisse abhängen —, ist die Ausstellung für jeden deutschen Künstler offen.

Neue Tagebuchblätter von Tolstoj. Im Verlag Eugen Dieblich in Jena erscheinen in diesen Tagen, herausgegeben und überlegt von Ludwig Bernbi, die ersten zwei Bände der Tolstoj'schen Tagebücher. Die den zweiten Band umfassenden Aufzeichnungen aus den Jahren 1900—1903 wurden hier aus dem Manuskript übersezt und sind im Russischen noch nicht veröffentlicht worden.

Im besetzten Essen.

Von Heinz Klemmner.

Prustend und leuchtend windet sich heute der Personenzug auf dem Großmarkt wie sonst! Da preist der seine Margarine für zweieinhalb Laufend an; dort schreibt jemand, daß er seine Bündlinge (wohlgemerkt die letzten) noch für 850 Mark abgibt. Hier steht schüchtern ein kleines Mädchen hinter einem Ständer und wartet auf die Kunden, die von ihrem Gemüse und Blumenkohl kaufen, und dort schlägt ein Wehner selbstbewußt und kraftstrotzend ein Kotelett nach dem andern los, dem Käufer andauernd versichernd, daß er in ganz Essen keine „solche“ Ware bekomme wie bei ihm. Und zwischen diesen Ständen aller Art, zwischen Käse, Kaninchen, jungen Hunden und grünen Heringen wogt die Menschenmenge hin und her, auf und ab. — Gerade so wie früher! — Und dennoch entgehen dem aufmerksamen Beobachter gewisse Gestalten nicht, die früher der auidringlichen Polizei halber ihre Stände lieber in der Nähe der Herberge zur Heimat aufschlugen. Doch jetzt, da man die Polizei endlich einmal in die großen Ferien geschickt hat, kommt ihr „Handwerk“ zu Ehren. Einer „oeräuert“ einen Strang Seegras, ein anderer blekt einem in höchst kollegialer Art einen „echten“ Ring an, ein dritter offeriert höchst aufdringlich einen gut erhaltenen Schläpfer — und man erinnert sich, daß man einen ähnlichen vor kurzer Zeit im Stadtkaffee hat „hängen lassen“. Es gibt verschiedene Arten von Besatzungsgewinnlern. Dies ist auch eine! Sie bekam dadurch Ellenbogenfreiheit. Füllen uns hier noch nicht die Ursachen in die Augen, so doch schon deren Wirkungen. Der mächtig aufblühende Straßenhandel und die immer häufiger werdenden „Kriegsblinden“ geben davon beredt Ausdruck.

Handel und Wandel blieben dieselben bis auf gewisse Ausnahmen. Die Menschen blieben dieselben und auch die Straßen haben sich nicht umgebogen. Man hat den ungelobenen Gästen keinen guten Empfang bereitet und ist geneigt, sie als Lust zu betrachten. Und wenn ihrer vier bis an die Zähne bewaffnet dann und wann das Straßenbild verändern, so weicht man aus und steht niemand. Die Bevölkerung hat es in ihrer übergroßen Mehrzahl meisterhaft verstanden, Leute, die lästig fallen wollen, zu übersehen oder zu umgehen, eine der wichtigsten Voraussetzungen in jenem nach Osten überlieferungen last kampflösen Kampf. Und daraus rekrutiert sich der feste Wille, die finstere Entschlossenheit und andererseits das wohlwollende Verständnis für den Poilu, der dazu verurteilt ist, mit Schlegelgewehr und Eisenhut spazieren zu gehen. Und sind auch

Moloch Militarismus.

Paris, 5. April. (W.Z.) Marineminister Raiberti sprach sich einem Vertreter des „Petit Parisien“ gegenüber über die Zukunft der französischen Marine aus und begründete die für den Ausbau der Marine gestellten Forderungen. Der Minister hob hervor, daß man ohne Marine keine auswärtige Politik treiben könne. Man müsse an Danzig, Memel, Konstantinopel, Smyrna, Alexandrette und an den fernem Osten denken und sich fragen, ob man die Vertretung der nationalen Interessen ohne Marine durchführen könne. Eine große Kolonialmacht könne ohne Marine nicht existieren. Die Aufrechterhaltung der Freiheit der Verbindungen zu Wasser sei für Frankreich eine Frage von Leben und Tod. Die französische Politik mache nicht die Schaffung einer großen Marine erforderlich; es genüge für Frankreich, eine moderne Marine zu besitzen, die, mit allen Vervollkommnungen der Wissenschaft und Technik ausgestattet, eine vollkommene Verbindung von Ueberwasserkräften und Unterwasserkräften darstellen könne. Eine derartige Flotte sei teuer, übersteige aber die finanziellen Möglichkeiten Frankreichs nicht.

Die Ausführungen des französischen Marineministers mühen wie die Propagandarede eines Mitgliedes des Deutschen Flottenvereins aus jener längst verschwundenen Zeit an, in der die alldeutschen Weltverbesserer kein anderes Ziel kannten, als die Steigerung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande, um dem deutschen Imperialismus die „Eisenbogenfreiheit“ in allen Erdteilen zu sichern. Jetzt ist an die Stelle des deutschen Imperialismus, dem der Weltkrieg das Genick gebrochen hat, der französische getreten. Und nun zeigt es sich immer deutlicher, daß dieser Imperialismus, um seine Siegesbeute zu sichern, sich genötigt sieht, die militärischen Streitkräfte Frankreichs zu Lande, zu Wasser und in der Luft mit jedem Jahre zu steigern und dem französischen Volk immer größere Lasten zur Deckung der Rüstungsausgaben aufzuerlegen.

Die Argumente, die der französische Marineminister für die Vermehrung der Rüstungsausgaben anführt, sind typisch für den modernen Imperialismus. Zunächst heißt es immer, daß die Erwerbung von Kolonien unumgänglich sei für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft. Dann aber kommt als notwendige Konsequenz der Hinweis, daß eine große Kolonialmacht auch eine große Marine besitzen müsse, ohne die sie keine auswärtige Politik treiben könne. Im besonderen Falle Frankreichs kommt noch hinzu, daß die gegenwärtigen Herrscher dieses Landes nicht nur die Verbindungen mit den französischen Kolonien aufrechterhalten wollen, sondern vor allen Dingen von dem Wunsche befeuert sind, auf allen Meeren und an allen Brennpunkten des internationalen Verkehrs der englischen Seemacht entgegenzutreten zu können. Die Ostsee und das Mitteländische Meer sind für sie ebenso wichtig wie der ferne Osten. Und die Ausnützung Danzigs und Memels als eventuelle Stützpunkte der französischen Flottenpolitik erscheint ihnen nicht minder wie die Festsetzung in Konstantinopel, Smyrna und Alexandrette als eine „Frage von Leben und Tod“ für die französische Politik.

Die Interessengegenstände, die sich hieraus ergeben, liegen auf der Hand. Als Ende 1921 auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz der Versuch gemacht wurde, das für den fernem Osten getroffene Abkommen über Rüstungsbeschränkungen auf Europa zu übertragen, war es vor allen Dingen Frankreich, das sich der englisch-amerikanischen Initiative entgegenstellte. Seit dieser Zeit hat sich der Gegensatz zwischen dem englisch-amerikanischen Staatentum, der die Weltmeere beherrscht, und der stärksten Militärmacht Europas, Frankreich, immer mehr vertieft. Die kürzlichen Debatten über die Vermehrung der Luftstreitkräfte im englischen Unterhause haben gezeigt, wie groß die Furcht vor der französischen Uebermacht in allen politischen Kreisen Englands ist und mit welcher Beforgnis alle Staatsmänner angesichts des zunehmenden Rüstungswahns in die Zukunft blicken. Kommt nun noch, nach den Wünschen der französischen Flottentreiber, die ebenso wie feinerzeit in Deutschland mit der Schwerindustrie eng verflochten sind, eine Steigerung der Flottenrüstungen hinzu, so muß der latente Gegensatz zwischen den angelsächsischen Ländern und Frankreich einen immer schärferen Charakter annehmen und letzten Endes zu einem neuen gewaltigen Völkerring führen.

Die arbeitenden Klassen in allen Ländern können aus dieser sich schon jetzt abzeichnenden Entwicklung erneut den Zusammenhang zwischen Imperialismus, Militarismus und Kapitalismus erkennen. Es gibt keinen anderen Ausweg aus dem Chaos der internationalen Konflikte und Kriegsgefahren als die Niederringung des Kapitalismus, auf dessen Boden allein sich die Giftpflanzen des Imperialismus und Militarismus entsalten können.

Deutscher Protest.

Deutschland fordert Freilassung des Genossen Körner.

München, 4. April. (W.Z.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat im Auftrage der deutschen Regierung bei der französischen Regierung gegen die Verhaftung des bayerischen Landtagsabgeordneten Körner nachdrücklich protestiert und keine sofortige Freilassung verlangt. Die französische Regierung war über den Sachverhalt nicht unterrichtet und hat baldige Antwort zugesagt.

Cubwagshafen, 3. April. (W.Z.) Der verhaftete sozialistische Landtagsabgeordnete Körner wurde nach Mainz übergeführt. Die Verhandlung gegen ihn soll diese Woche stattfinden.

Devisenkurse.

	5. April		4. April	
	Käufer (Weib.) Kurs	Verkäufer (Weib.) Kurs	Käufer (Weib.) Kurs	Verkäufer (Weib.) Kurs
1 holländischer Gulden	8279.25	8320.75	8279.25	8320.75
1 argentinische Papier-Peso	7740.60	7779.40	7740.60	7779.40
1 belgischer Franc	1172.06	1177.94	1174.55	1180.45
1 norwegische Krone	8515.48	8584.57	8502.96	8522.04
1 dänische Krone	4019.92	4040.08	4019.92	4040.08
1 schwedische Krone	5600.96	5629.04	5597.48	5621.52
1 finnische Mark	—	—	574.06	576.94
1 japanischer Yen	9078.—	10025.—	9909.75	10025.—
1 italienische Lire	1047.87	1052.65	1054.85	1060.15
1 Pfund Sterling	07904.62	08895.38	07901.62	08895.38
1 Dollar	21079.66	21185.34	21079.66	21185.34
1 französischer Franc	1861.58	1868.42	1871.58	1878.42
1 brasilianischer Milreis	2184.52	2198.48	2244.87	2255.68
1 Schweizer Franc	8895.31	8881.69	8890.25	8900.75
1 spanische Pesta	8311.85	8229.05	8226.91	8243.09
100 österr. Kronen (abges.)	—	—	29.87	30.08
1 tschechische Krone	—	—	625.99	629.07
1 ungarische Krone	—	—	4.85	4.89
1 bulgarische Lewa	—	—	158.50	159.40
1 jugoslawischer Dinar	—	—	204.07	206.08

Sozialistische Studenten!

Mehr denn je ist der Zusammenschluß der an den deutschen Hochschulen studierenden Sozialisten erforderlich. Höchste Zeit ist es jetzt, das zu reiten, was noch zu reiten möglich ist. Ein weiteres Zögern bedeutet die endgültige Auslieferung der Hochschule an die reaktionäre Studentenschaft, somit auch die Behinderung der Betätigung sozialistischer Dozenten und die Unmöglichkeit einer demokratischen Reform der Hochschule, ja des gesamten Volkshochschulwesens überhaupt auf Jahrzehnte hinaus.

Der Sozialistische Studentenbund, Ortsgruppe Berlin, geht jetzt daran, sämtliche in Berlin studierende Sozialisten organisatorisch zu erfassen. Von allen sozialistisch organisierten Studenten muß er es als Selbstverständlichkeit verlangen, daß sie in erster Linie ihre Kraft dem Bunde zur Verfügung stellen, was bis jetzt nicht entfernt in dem Maße geschehen ist, wie es notwendig wäre.

Den Kern unserer Tätigkeit bildet indes nicht der zum großen Teil erfolglose hochschulpolitische Kampf (der allerdings — auf eine gesunde organisatorische Basis gestellt — auch ein anderes Gesicht bekommen würde), sondern die soziale und wissenschaftliche Arbeit im Interesse unserer Mitglieber. Diese Arbeit wird jedoch von vornherein aussichtslos, falls die unmittelbare Beteiligung der sozialistischen Studenten an der Arbeit des Bundes ausbleibt.

Es ist deshalb Pflicht jedes studierenden Sozialisten, nicht nur Mitglied unseres Bundes zu werden (damit ist noch nichts getan), sondern sich auch aktiv an dessen Tätigkeit zu beteiligen.

Jeder Genosse, der in Berlin studiert, teile uns sofort mit, inwieweit er sich an der Arbeit des Bundes zu beteiligen gedenkt und inwieweit er die Vermittlung des Bundes bei Beschaffung von Arbeits- und Wohngelegenheit beansprucht.

Im kommenden Sommersemester plant der Bund — abgesehen von der Organisation einer geschlossenen Teilnahme an der akademischen Arbeit (an Seminaren, Arbeitsgemeinschaften usw.) — auch seine speziellen Veranstaltungen systematisch auszubauen, sie zunächst auf den Problemkomplex der „Neugestaltung des sozialdemokratischen Programms“ zu konzentrieren. Im Anschluß an die stattfindenden Referate sollen dann gegebenenfalls auch einzelne Arbeitsgemeinschaften gebildet werden.

Zur Verwirklichung all dieser Pläne ist aber notwendig, daß der Bund sich auf einen festgesetzten Mitgliederkern stützen kann, der als Mittelpunkt der ganzen Organisation die Durchführung der Arbeit sicherstellt.

Deshalb möge unser Ruf nicht ungehört verhallen: Sozialistische Studenten, schart euch um eure Organisation!

Sozialistischer Studentenbund, Ortsgruppe Berlin.

Beitrittserklärungen sind zu senden an den Kassenvorstand, Genossen K. Rebeck, W.Z. 23, Siegmundshof 8.

Parteiengenossen, die in der Lage sind, Zimmer an sozialistische Studenten zu vermieten, werden erneut gebeten, wenigstens in dieser Beziehung die Not der studierenden Sozialisten zu lindern. Angebote werden erbeten an K. Gurland, Brunenwall, Hubertusallee 29.

Billigere Werkstarife.

Die Werkdeputation hat mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Kohlenpreiserhöhung mit Wirkung von der Aprilbestandnahme ab die Werkstarife folgendermaßen festgesetzt: Gas 1 Kubikmeter 650 M., Elektrizität 1 Kilowattstunde 1050 M., Wasser 1 Kubikmeter 360 M. Die Ermäßigung ist in diesem Umfange vorgenommen worden, obgleich nur die in Deutschland gewonnenen Kohlen im Preise herabgesetzt worden sind. Bei den ausländischen Kohlen, auf welche die Berliner Werke zu einem erheblichen Teil angewiesen sind, sind den sonstigen Ankosten, den Löhnen und Gehältern ist bisher ein Abbau nicht eingetreten. Der Preis für den elektrischen Strom hat etwas stärker als der für Gas und Wasser gesenkt werden können mit Rücksicht auf die größere Ermäßigung der Braunkohlenpreise, welche die Grundlage für den Bezug des Fernstromes bildet.

Eine uneigennütige Diebin.

Im den Geliebten vor dem Gefängnis zu retten. Bei der Polizei meldete sich dieser Tage eine Hausangestellte Anna Krugala mit der Selbstbezeichnung, daß es an einem großen Diebstahl bei seiner Herrschaft in der Eisenacher Straße beteiligt gewesen sei. Die Polizei war erstunken über das Geständnis und traute der Sache nicht recht. Das Mädchen blieb aber dabei, daß es auf Veranlassung eines Karl Richter, den es auf einem Kummelplatz kennengelernt habe, die Stellung angenommen habe, um mit ihm die Herrschaft zu bestehlen. Erbeutet waren für nicht weniger als 200 Millionen Mark Wertgegenstände aller Art. Anna Krugala behauptete, sie habe Karl Richter, ihren Geliebten, die Beute in der Brunenwallstraße übergeben und er sei damit verschwunden, ohne ihr wieder ein Lebenszeichen zu geben. Kriminalkommissar Bennat und seine Beamten ermittelten jedoch, daß das scheinbar reuevolle Mädchen tatsächlich eine ganz durchtriebene Diebin war. Nicht ein gewisser Karl Richter, der mit der Beute verschwunden sein sollte, sondern ihr wirklicher Geliebter, ein Paul Kobus aus Schönberg, hatte sie zu dem Diebstahl angehetzt, und sie hatte alles zu ihm in seine Wohnung gebracht. Mit ihrer Selbstbezeichnung wollte die Diebin der Kriminalpolizei ein Schnippchen schlagen. Sie war bereit, für den Geliebten ins Gefängnis zu gehen, um ihm die Beute zu sichern. Jetzt wurden beide festgenommen.

Wie man Wohnhäuser verkommen läßt.

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir vor einigen Tagen von skandalösen Wohnverhältnissen aus dem Hause Sprengelstr. 23, das von der Häuserverwaltungsgesellschaft m. b. H. Compañia Comercial y Bancaria, Jägerstr. 63, verwaltet wird. Heute können wir einen weiteren Fall über Wohnverhältnisse melden, und zwar aus einem Hause, das dieselbe Gesellschaft verwaltet. Im Hause Ellsabethstr. 45b mußten im Januar infolge eines Wasserrohrbruches die Dielen in einer zur Portierwohnung gehörenden Stube aufgerissen werden, damit der Schaden behoben werden konnte. Das Wasserrohr wurde abgedichtet, aber die Dielen wurden nicht wieder aufgelegt, so daß die Stube nicht mehr bewohnt werden kann. Der Mieter und auch der damals noch amtierende Verwalter forderten wiederholt die Verwaltungsgesellschaft auf, die Stube wieder in Ordnung bringen zu lassen. Gleichzeitig machte man darauf aufmerksam, daß in zwei weiteren Kellerwohnungen die Ratten haufen. Die Mieter versuchen zwar die Tiere zu vertreiben und vernageln die im Fußboden eingestrichenen Löcher mit Blech oder füllen die Ausschütlungen mit Glascherben aus, doch sind diese Abwehrmittel fruchtlos. Die Verwaltung, die man gebeten hatte, hier Abhilfe zu schaffen, läßt nichts von sich hören. Der Mieter hat sich deshalb gezwungen, Klage beim Amtsgericht Mitte und Beschwerde bei der Baupolizei einzulegen.

Da sich die Fälle mehren, wo Hausbesitzer oder deren Vertreter sich weder in hygienischer oder in baulicher Hinsicht um ihre Häuser kümmern, wäre es von Seiten der Behörden angebracht, hier schnell und wirksam durchzugreifen.

Für die Alten.

Die Rentnerhelme, die in den letzten Monaten in mehreren Verwaltungsbezirken Groß-Berlins eingerichtet worden sind, wollen ihren Schützlingen nicht nur Aufenthaltsgelassenheit, sondern

auch Unterhaltung und Anregung bieten. Das vor einigen Wochen eröffnete Rentnerheim des Verwaltungsbezirks Friedrichshagen (Rigaer Straße 103) veranstaltete am Mittwoch einen Unterhaltungssabend, um dessen Gelingen sich das Bezirkswohlfahrtsamt erfolgreich bemüht hatte. In den anheimelnden Räumen, die mit Wandmalereien der Malerin Sufrian geschmückt sind, saßen die grau- und weißhaarigen Rentner und Rentnerinnen beieinander und mit ihnen auch viele in der Wohlfahrtsarbeit und der Rentnersorge tätige Männer und Frauen. Bezirksstadtrat Genosse Mann schilderte in seiner die Gäste begrüßenden Ansprache, wie der Krieg und die Geldentwertung die auf lange Zeiten angewiesenen Alten in eine besonders hart empfundene Notlage gebracht hat und in welcher Weise man ihnen ihr bitteres Los zu mildern versucht. Die unterhaltenden Darbietungen des Abends waren ernste und heitere Rezitationen, Zitherpiel, Gesangsarrangements, Vieder zur Laute, Quartettmusik. Die Mitwirkenden, die sich gern in den Dienst der Sache gestellt hatten, erzielten warmen Beifall und Dank. Vielleicht finden auch unsere Jugendorganisationen sich bereit, sich den Rentnerheimen zur Verfügung zu stellen und mit desklamatorischen und musikalischen Gaben ihrer tüchtigsten Jungen und Mädchen die Alten zu erfreuen. Den Rentnerheimen ist überhaupt mehr private Hilfe zu wünschen, auf die sie in der jetzigen Zeit leider angewiesen sind. Ein solches Heim braucht Geld, damit es seinen Schützlingen den Aufenthalt möglichst behaglich machen kann. Willkommen wäre aber auch die Hergabe von Büchern und Zeitschriften zur Schaffung einer kleinen Heimbibliothek und eines Klaviers für die Unterhaltungssabende. Freunde der Alten haben hier Gelegenheit, den Rentnergebrühten und Verbitterten eine Freude zu machen.

Zwei gefährliche Dachstuhlbrände in Steglitz.

Im Hause Albrechtstr. 6 Ecke Ruhligshofstr. in Steglitz kam gestern Abend ein Feuer aus und nahm bald eine derartige Ausdehnung an, daß es der Wehr nur unter allergrößter Anstrengung gelang, die Gefahr für die unteren Stockwerke zu bannen. Die Löscharbeiten nahmen diese Stunden in Anspruch und dehnten sich bis tief in die Nacht aus. Wenige Stunden später wurde in dem gleichfalls in Steglitz gelegenen Hause Schützenstraße 29/30 abermals ein Dachstuhlbrand entdeckt, und zwar brannte es zu gleicher Zeit an verschiedenen Stellen. Auch das vierte Stockwerk wurde hier vom Feuer ergriffen und zwei Mansardenwohnungen sind ausgebrannt. Es liegt in beiden Fällen zweifelslos Brandstiftung vor. Die zunehmende Anzahl der Dachstuhlbrände berunruhigt die Bevölkerung derart, daß hier strenge behördliche Maßnahmen notwendig werden.

Reinhold Cronheim, Redakteur des „Berliner Volksanzeiger“, ist im Alter von 69 Jahren gestorben. Er war, wie den älteren Parteigenossen noch erinnert sein wird, von Mitte der achtziger Jahre bis 1893 Redakteur des „Vorwärts“.

Kinderhilfe der Schupo. Das dritte und letzte Wohltätigkeitskonzert des Sinfonie-Orchesters der Schupo-Polizei unter Leitung seines Dirigenten Clemens Schmalstieg zum Besten der notleidenden Kinder im Ruhegebiet, findet am Freitag, den 6. April d. J., abends 8 Uhr, im Marmorpalast statt. Frau Hanna Porten trägt ein für den besonderen Zweck des Abends verfasstes Gedicht vor. Für den Verkauf der Karten werden Fräulein Frieda Sost und Kommerzienrätin Berner Engel werden sorgen. Der Kartenvorverkauf ist bei Bote u. Bot, Leipziger Str. 57 und Tauentzienstr. 7, sowie bei Wertheim, Leipziger Platz, eröffnet.

Reichsbund der Kriegsschädigten usw., Bebel 16, S.B. Bezirksverammlung Donnerstag, den 5. April, abends 7½ Uhr, Belle Alliance-Str. 47. Vortrag über die Rosette zum Reichserlohnungsgrat.

Gefegnetes Brasilien.

Zu den Ausführungen, die kürzlich unter dieser Ueberschrift über die Lebensverhältnisse in Brasilien veröffentlicht wurden, schreibt uns der brasilianische Gesandte in Berlin Guerra-Duval das Folgende:

Wir fällt vor allem auf, daß in dem Artikel die Rasse, welche Brasilien bewohnt, von den Deutschen als minderwertig (rasenminderwertig) betrachtet wird, und ich glaube, daß alle Enttäuschungen, über die sich die berichtstattenden Auswanderer beklagen, auf eben diese Einstellung Brasiliens gegenüber zurückzuführen sind. Nach dem Kriege, den wir nun schon lange hinter uns haben, und nach dem Frieden, den wir jetzt genießen, ist der Standpunkt der Völker Nord- und Südamerikas sicherlich anders und vielleicht nicht unheilbar. In jedem Falle sind diejenigen Auswanderer, die nach Brasilien kommen und diesem Lande die Ueberlegenheit der europäischen Rasse begreiflich zu machen suchen, in einem Traum befangen, aus dem das Erwachen nicht anders als schmerzhaft sein kann. Es ist auch nötig, einige Irrtümer richtigzustellen. Brasilien sucht niemals eine Einwanderung von anderen Stämmen als von Landarbeitern zu begünstigen. Was sonst an Arbeitern dahin auswanderte, handelte aus eigenem Antriebe, vielfach unter Täuschung der entsprechenden Aufsichtsbehörden. Die Angabe, daß die Lebenshaltung in Brasilien eine Teuerung erfahren hat, trifft zu; aber ebenso richtig ist die Tatsache, daß die Preiserhöhung dort sich in engeren Grenzen bewegte als in irgendeinem Lande Europas. Was die Sicherheit und die Schutzvorrichtungen für Arbeiter anbelangen, so ist es damit in keinem Lande besser bestellt als in Brasilien, wo eine obligatorische Versicherung für Fabrikarbeiter und ein Patronato Agrícola (Landwirtschaftliches Patronat) besteht, das den Arbeitern kostenlose Rechtsberatung, ebenso auch alle Schutzmaßnahmen bei Streitigkeiten mit den Arbeitgebern gewährt. Nicht nur in den Staaten Minas und Espirito Santo ist die Arbeit organisiert, sondern auch in allen anderen Staaten, insbesondere in denen des Südens, wohin die Einwandererströme sich ergießen, sind mühevoll errichtete Einrichtungen für Arbeiterunterstützung und Stellenvermittlung vorhanden. Brasilien bereitet Ausländern stets die großzügigste Aufnahme, und die Verfassung gewährleistet ihnen im allgemeinen die gleichen Rechte wie den Brasilianern selbst. Mehrere Millionen Einwanderer, darunter 500 000 Deutsche, leben dort glücklich und tragen zum Gedeihen des Staates bei, der ihnen ein zweites Vaterland geworden ist.

Einbruch in die Gruft des Müllers Freiherrn von Stein. In der Zeit zwischen dem 7. und 14. März d. J. ist die Gruft des Freiherrn von und zum Stein in Frucht im Kreise St. Georgshausen erbrochen worden. Die Särge der Eltern, der Gattin und der Tochter des Ministers wurden geöffnet und die Knochenreste durchwühlt. Die Öffnung des Sarges des Ministers ist den Dieben nicht gelungen. Fünf Messinggriffe wurden gestohlen. Für die Ermittlung der Täter hat der Oberstaatsanwalt in Wiesbaden eine Belohnung von 100 000 M. ausgesetzt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Uftung, Kaiserrei! Die Markmarken für 1923 sind heute im Bureau eingetroffen. — Die Kaiserer, welche diese Marken abholen können, werden sehr darum gebeten. — Alle bis Montag, den 16. April, nachmittags 5 Uhr, nicht abgeholfenen Marken werden am 17. April durch die Post zugesandt. J. H. Hey Pagels.

Morgen, Freitag, den 6. April:

1. Kreis Klagenfurt, 7½ Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Kämpfer, Himmelsberg Str. 7.
2. Kreis Steglitz, Sonntag, 10. April, 7½ Uhr, in Stammers Wirtschaft, Stephanstr. 1, abends, Sitzung zwecks Vorbereitung der Kreisversammlung. Dazu müssen erscheinen die Funktionäre der Lokationen und Bildungsausschüsse, sämtliche Abteilungen, sowie Vertreter der Vorstände.
3. Kreis Klagenfurt, 14. April, abends, Sitzung des Kreisvorstandes bei Kämpfer, Himmelsberg Str. 7.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik der Saarbergleute.

Eine Revierkonferenz des Bergarbeiterverbandes.

Nach einer achtwöchigen Streikdauer berief der Bergarbeiterverband seine Delegierten zu einer Revierkonferenz nach dem Ludwigspark in Saarbrücken. Bezirksleiter Schwarz referierte über den bisherigen Verlauf des Streiks der 72000 Bergarbeiter, der inzwischen 25000 Hüttenarbeiter durch Arbeitslosigkeit infolge Kohlenmangel in Mitleidenschaft gezogen hat. Trotz der Jugend der Gewerkschaften im Saargebiet war die Gewerkschaftsarbeit fruchtbar. Das zeigt die bewundernswürdige Solidarität und Selbsttätigkeit der Streikenden. Es wurde Militärs herangezogen, trotz musterhafter Ruhe und Ordnung, das jetzt nach Taten drängt und die Streikenden drangsalieren. Einen besonderen Schutz genießen die Streikbrecher. Mehr als 500 Mitglieder des Bergarbeiterverbandes wurden „abgelegt“, entlassen, um ihre Kameraden einzuschüchtern. Dennoch,

im ganzen Saargebiet arbeiten keine 100 Bergarbeiter.

Obwohl kein Kontraktbruch vorliegt, wurden Kontraktbruchstrafen vom verdienten Lohn abgezogen und den Streikenden die Werkwohnungen gekündigt. Das alles hat der Bewegung keinen Abbruch getan.

Die Grubenverwaltung glaubt, trotz der täglich sich verschlechternden Lage statt einer Lohnerhöhung Lohnabbau vornehmen zu müssen. Am 1. Februar wurden 3 Franken Erhöhung für alle Arbeiter zugesagt. Am 15. März wurde für die Mehrarbeit der Bergarbeiter die Erhöhung auf 2 Franken reduziert. Für den 3. April, den Anfahrtsstermin des Saarlandes, ist auch der Lohn der Hauer von 2 Franken auf 2,80 Franken für den Mindestgebühler herabgesetzt, dazu seit dem 1. August tariflich gezahlte Mindestlohn von 8,50 Franken, dazu Wechsel der Frauen- und Kindergehälter für die drei ersten Krankheitstage. Ob mit diesen diktorischen Maßnahmen eine Wiederanfahrt erzielt wird, erscheint inzwischen auch wohl der Bergverwaltung unmöglich.

Der Kampf geht auch

gegen die Organisationen

der Bergarbeiter, das beweist die Kündigung fast aller Funktionäre. Man will mit den Organisationen nicht verhandeln. Allein ein Aufbruch des Streikes ist nur möglich, wenn mit den Organisationen verhandelt, wenn ein Votumtarif abgeschlossen wird.

Die „Tatverordnung“ hat wohl die freie Meinungsäußerung stark eingeschränkt, allein sie kann nicht verhindern, daß die Wahrheit über die Dinge zum Durchbruch kommt. Die Bergarbeiter waren stets bereit, über ihre Forderungen zu verhandeln. Die Bergverwaltungen jedoch nicht.

Am 16. Streiktag war ein Förderungsausfall von beinahe 2 Millionen Tonnen mit einem Wertverlust von 120 Millionen Franken zu verzeichnen. Dafür hätte man 2 Jahre die Lohnerhöhung zahlen können.

Es haben bereits verschiedene Stellen eine Vermittlung zwischen den Streikenden und der Direktion versucht. Der Landesrat wandte sich an das Internationale Arbeitsamt, wie auch durch Annahme einer Erklärung an die Regierungskommission. Doch die französische Bergverwaltung ist autonom. Der französische Staat als Arbeitgeber kennt anscheinend nur eins: „Ich bin der Herr, du hast dich zu beugen!“ Alle Versuche der Vermittlung sind bisher gescheitert. Gescheitert zum Teil daran, daß einzelne Personen

den Streik als politisch verurteilen

haben. „Feststellen will ich vor aller Welt — sagte Schwarz — daß wir seit 1. August fortgesetzt die Bergverwaltung auf die Entwicklung der Verhältnisse, auf die immer unerträglicher werdenden Zustände hingewiesen haben. Der Tarif war gekündigt am 30. Dezember, also zu einer Zeit, wo noch niemand von uns an eine Ruhrbefehung glaubte. Nur politische Diablen oder gewerkschaftliche Verleumder können den Streik mit dem deutschen Reichsfiskus oder der deutschen Regierung in Verbindung bringen. Ich rufe den politischen Zuträgern zu: Tretet in Verhandlungen ein, erfüllt die berechtigten Forderungen, und der angeblich politische Streik ist zu Ende! In den letzten vier Wochen hat die Bergarbeiterchaft in Frankreich und Belgien gestreikt, und zur Zeit streikt sie noch in Thüringen. Nach Ansicht der interessierten Kapitalisten nur, um den deutschen Unternehmern zu helfen. Der Zweck heißt auch da die Mittel. Auch die lothringische Bergarbeiter haben wiederholt ihrer Verhandlungsbereitschaft Ausdruck gegeben, um erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Auch hier Ablehnung, kein Verständnis!

Wir sind

zum Verhandeln bereit — aber auch zum Durchhalten,

bis die Organisation und die Revierkonferenzen zur Arbeitsaufnahme rufen“

In der Diskussion sprach dann aus jedem Bezirk ein Vertreter. Einmütig standen alle Diskussionsredner hinter dem Referenten. Schwere Anklagen gegen die Uebergriffe des Militärs wurden laut. Der Gewerkschaftsleitung wurde das volle Vertrauen aller Redner ausgesprochen.

Die Konferenz nahm zum Schluß einstimmig drei Resolutionen an, in denen sie den Vertretern der Organisation ihr Vertrauen ausdrückt, gegen das Einschreiten und die Gewalttätigkeit des

Militärs sowie gegen die Behauptung protestiert, daß der Streik ein politischer sei. Schließlich wurde nach ein Antrag angenommen, daß seitens der Streikleitung schärfere Maßnahmen, wie die Einstellung der Rotstandsarbeiten, zu ergreifen seien, falls im Laufe dieser Woche die Direktion auf die Eingabe der Streikleitung keine Antwort gibt.

Dieser Kampf der Saarbergarbeiterchaft illustriert mit brutaler Deutlichkeit, was von dem Gerechten kommunistischer Wirrköpfe zu halten ist, wonach es gleichgültig wäre, ob die Arbeiter unter französischer Herrschaft arbeiten oder als Bürger einer deutschen Republik. Im Saargebiet sind die Arbeiter heute ebenso rechtlos wie die Eingewanderten einer Kolonie, deren „Mandat“ vom Völkerbund einem Staate der Mächte übertragen worden ist.

Löhne im Hotel- und Gastwirtsgetriebe.

Die letzten Tariflöhne betragen für Arbeitsmeister und Kontrolleure in Hotel- und Weinhausbetrieben 39 490 M., in Saalgeschäften 23 569 M., für Küchenmädchen in Hotel- und Weinbetrieben 24 440 M., in Sälen und Gartengeschäften 14 665 M. Da die Mädchen in freier Station beim Unternehmer sein müssen, geben für Kost und Wohnung von diesen Löhnen wöchentlich 15 925 Mark ab, in Saal- und Gartengeschäften 11 354 M. Den Küchenmädchen verbleibt mithin ein Bortlohn in letzteren Betrieben von 3311 M. wöchentlich, davon Lohnsteuer, Versicherungs- und sonstige Beiträge abgehen. Wer sich die Preise vergegenwärtigt für Schuhbesohlen oder gar für die Reuanschaffung für Schuhe, für die Beschaffung von Wäsche und Kleidung und sie mit denartigen Löhnen vergleicht, der hält es nicht für möglich, daß solche Löhne einem Schiedsspruch des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses ihre Geltung verdanken. Möglich ist das nur bei gedankenlosem Schematisieren. Sollen die so entlohnten Küchenmädchen in Lumpen verkommen, sollen sie stehen, nach der Arbeitszeit — die weit länger als acht Stunden währt, was bei solchen Löhnen ja selbstverständlich — auf die Straße gehen? Nein, sie dürfen sich solche wirklich unbilligen Löhne einfach nicht bieten lassen und in ihrer Organisation dafür sorgen, daß die Löhne unter allen Umständen erhöht werden. Es ist eine Herabsetzung des ganzen Tarifgedankens, derartige Löhne tariflich festzulegen. Schlechter können sie auch ohne Tarif kaum sein.

Die Hotel- und Weinbetriebe sind derart gestellt, daß sie es wirklich nicht nötig hätten, sich noch besonders zu bereichern durch eine derartige fast beispiellose Ausbeutung der Küchenmädchen. Die Konditoreibesitzer suchen von diesen Tariflöhnen ebenfalls zu profitieren und möchten noch weniger bezahlen.

Die Rehrseite all dieser für die Gäste so luxuriös eingerichteten Betriebe mit ihren neuen Preisen dürfte nicht gar so ungläubig sein. Die berufsmäßigen und amtlichen Lohnabbau-Politiker hätten wahrlich genug zu tun, wenn sie erst einmal dafür mit sorgen wollten, daß den allergeringsten Lohnverhältnissen, wie sie in der Heimarbeit und einer ganzen Reihe recht anspruchsvoller Berufe noch vorherrschen, ein Ende gemacht wird. Es gilt den gesellschaftlichen Uebeln an die Wurzel zu gehen, sollen sie sich nicht bitter rächen an der Gesellschaft die sie so sehr vernachlässigt.

Schiedsspruch für die Bauanschläger.

Eine gut besuchte Versammlung der Bauanschläger Groß-Berlins nahm am Dienstag Stellung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss. Die Verhandlungen fanden am letzten Sonnabend statt, nachdem infolge der Lohnunterschiede bereits seitens der Bauarbeiter in der Provinz Ausbehalten waren und der Arbeitgeberverband die Aussetzung der nicht am Streik beteiligten Arbeiter versagt hatte, die aber der Streik wegen nicht zur Auswirkung kommen konnte. Der Schlichtungsausschuss hat einen Spruch gefällt, nach dem die Bauanschläger für die Zeit vom 28. bis 31. März einen Stundenlohn in Höhe von 50 M. und vom 1. bis 15. April einen Stundenlohn von 1718 M. erhalten sollen. Ferner wurde ihnen eine Erhöhung der Akkorde auf das 200fache des Tarifs vom Jahre 1912 ausgesprochen. Nachdem auch ein Bauarbeiterverband hierüber berichtet und anschließend eine Aussprache stattgefunden hatte, wurde der Spruch schließlich angenommen.

Internationale Rundschau der Arbeit.

Unter diesem Titel läßt das Internationale Arbeitsamt in Genf durch seine Berliner Zweigstelle seit Januar 1923 auch eine Monatschrift in deutscher Sprache erscheinen. Die Zeitschrift ist nicht nur für Deutschland bestimmt, sondern für alle, die sich der deutschen Sprache als Haupt- oder Hilfssprache bedienen und sich in ihr mit den sie interessierenden Arbeiten des Genfer Amtes bekannt machen wollen. Dieses will bekanntlich das ganze weit verzweigte Gebiet der sozialpolitischen Angelegenheiten in sein Aufgabengebiet einbeziehen. — Die beiden ersten Hefte der Rundschau der Arbeit enthalten Abhandlungen und Uebersichten über die neuere Gesetzgebung in den mittleren europäischen Staaten, über die Arbeiterbewegung in England, über die Anwendung des Achtstundentages in Deutschland, über die Arbeiterbewegung im Jahre 1922, das Dreifachsystem in der Metallindustrie, die Arbeitsgesetzgebung im Staate New York, die Bewegung der Löhne in den letzten Jahren, über die Entwicklung der Genossenschaften in den Vereinigten Staaten Nordamerikas u. a., außerdem eine Uebersicht über die Grundlagen des Genfer Amtes, über die Verhältnisse der bisherigen Konferenzen und ihre geschäftlichen Erfolge. Ein

großer Teil ist dem wirtschaftlichen und sozialen Schrifttum aller Länder eingeräumt. In einem statistischen Anhang wird eine internationale Uebersicht über die Entwicklung der Großhandelspreise, der Kleinhandelspreise, der Lebenskosten und der Arbeitslosigkeit gegeben. — Die Zeitschrift kann Allen, die die sozialen Tatsachen und Probleme von weiteren Gesichtspunkten aus zu verfolgen haben, nur empfohlen werden. Grundpreis 0,50 M. Bezug durch das Berliner Amt, Berlin 40, Schwarzenb. 35, das auf Wunsch einen Auszug der ersten beiden Hefte kostenlos zuwendet, wie durch die Buchhandlung „Vorwärts“.

Abteilung 33 U. D. Funktionäre der Lokomotivfabrik K. O. S. Hennigsdorf. Freies nachmittags 9 Uhr wichtiger Konferenz der K. O. S. Funktionäre im Jugendheim. Es darf niemand fehlen, da wichtiger Entscheidung zu treffen ist. Parteilosweise mitbringen. Der Funktionärsrat.

Wirtschaft

Die Folgen des Schleudereports.

Anlässlich der Bestrebungen nach einem Abbau der Außenhandelskontrolle haben wir darauf hingewiesen, wie notwendig gerade zur Förderung eines gesunden Exports eine strenge Ueberwachung der Warenausfuhr und insbesondere eine Kontrolle der Warenpreise erforderlich ist. Bezeichnend für die Wirkungen des Schleudereports in einem Deutschland durchaus wohlgeordneten Lande, nämlich Holland, sind folgende Ausführungen, die wir einem Bericht der Bank Proel u. Gutmann in Amsterdam entnehmen und die sich mit der durch den Schleudereport deutscher Schuhe nach Holland geschaffenen Lage befassen:

„Obwohl zweifelsohne die Mehrzahl unserer Industriellen nach wie vor Anhänger des Freihandels sind, hat sich die Regierung doch veranlaßt gesehen, dem Drängen der einheimischen Schuhindustrie nachzugeben und den Gesetzesentwurf für ein Einfuhrverbot ausländischer Schuhwaren, vorläufig bis Ende des laufenden Jahres, vorzulegen. Eine Ausnahme soll insofern gestattet sein, als eine Reihe von Vorschriften erfüllt werden, die durch Verordnung bekanntgegeben werden sollen. Auf den Text und die Art der Durchführung dieser Ausnahmen wird es freilich sehr ankommen. In der Tat ist aber nicht zu leugnen, daß sich unsere Schuhfabriken in höchst bedrückender Lage befinden, nachdem der Import hauptsächlich deutscher Schuhe und Stiefel nahezu auf das Zwölfte des Jahres 1913 gestiegen ist und der Preis des importierten Schuhwerkes im Durchschnitt noch nicht die Hälfte des Feststellungspreises gleicher Ware in Holland beträgt. Dieser bedauert sich für ein Paar Stiefel ungefähr auf 7 1/2 Gulden, jener aber Anfang dieses Jahres auf 3,20 Gulden. Durch diese Maßregel hofft man den jahrelangen in unseren Schuhfabriken beschäftigten Arbeitern, von denen über ein Drittel arbeitslos geworden ist, während die anderen zu stark reduzierten Löhnen arbeiten müssen, eine schnelle Besserung ihrer Lage zu schaffen. Der Rückgang der Arbeiterzahl bei Berücksichtigung auch nur der bedeutendsten Fabriken beträgt 42 Proz., in einigen Orten sogar 75 Proz. Mit Benugung wird man aber, namentlich in Deutschland, lesen, daß unsere Regierung sich ausdrücklich davor vermahnt, etwa grundsätzlich eine Schutzpolitik einzuführen, aber zweifelsohne werden auch andere notleidende Industrien mit verstärkter Energie von der Regierung verlangen, daß auch für sie eine Ausnahme vom Freihandelsystem gemacht werde. Die Leder- wie die Textil- und die Zigarrenfabriken, auch die Metallindustrie und Konfektion erhoffen für sich einen ähnlichen schutzpolizeilichen Erfolg, wie ihn die Schuhfabrikanten nun erlangen dürften.“

Es scheint demnach, daß ganze Industriezweige in Holland darauf hindrängen, die deutsche Konkurrenz auszuscheiden. Die zu billig exportierten Waren haben Deutschland zwar Devisen eingebracht, aber die Aussicht auf eine nachhaltige Steigerung des Exports gemindert, indem sie das holländische Volk zur Notwehr zwingen.

Das deutsche Volk hat ein Interesse daran, zu verhindern, daß sich derartige Vorgänge wiederholen. Deshalb darf der Abbau der Außenhandelskontrolle keinesfalls so weit gehen, jede Ueberwachung des Exports einzustellen. Im Gegenteil zeigen ja die obigen Darlegungen, daß selbst die bisherige Außenhandelskontrolle kein ausreichender Schutz gegen die Schleudereffekte ist, die sich neuerdings wieder breit macht.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Ed. Heide, Berlin. Verlag: Formbüros-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Formbüros-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

ZÄHNE unter hainem Tagespreis
ZÄHNE 2000 und 2400 M.
 Schriftliche Garantie. Zähne ohne Gaumen. Kulante Zahlungs-
 erleichterung. Goldkronen von 22000 M. an. Ersatzkronen 4000 M.
 Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis.
HATVANI, Danziger Str. 1, Hochbahnstation.
 Vorzeiger erhält 10 Prozent Extra-Rabatt.

Münzen
 kauft Münzenhandlung
 Ball, Wilhelmstraße 46.

Kraus-Pianos
 zur
Miete
 Ansbacher Str. 1.
 (alte Kurfürstendamm)

Zur
Verlobung
Trauringe
 Duk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an
 einfache Trauringe, fest, von 6000 M. an.
 Fast alle Präzedenzen am Lager. Namen u. Etwas
 umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen
 von Trauringen bei Goldgabe in 24 Stunden
 Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt!
Trauringabrik Albert Thal & Co.
 C. 19, Seydelstraße 3 (Spittelmarkt)

Entzückende Modelle in Damenbüten
 einfache und elegante, kaufen
 Sie vorzuziehend direkt in
 Ecksteins Hutfabrik, Invalidenstrasse 35
 Ecke Chausseestraße.
 Kein Laden, nur eine Treppe.
 Fliege u. Lamp etc. frei

Arbeitsnachweisgesetz
 mit Nebenbestimmungen erläutert von
Dr. jur. et phil. BERGER und **W. DONAU**
 Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium
 und Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium
 Ein unentbehrliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitsnehmer und Arbeitgeber zur
 praktischen Einführung u. Anwen. (mit 2. Aufl. d. 1. in Kraft getretenen Gesetz.)
 Preis-Grundzahl M. 3.25
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 1

„Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Aufnahme

- Berlin: Charlottenburg IV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg I: Seifenherm. Str. 1.
- Charlottenburg II: Tourgenner Str. 11.
- Charlottenburg III: Eichkamp: Sechsmil, Reiferbaum 103, Gattenhaus 1 K.
- Charlottenburg IV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg V: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg VI: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg VII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg VIII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg IX: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg X: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XI: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XIII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XIV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XVI: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XVII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XVIII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XIX: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XX: Uxulial, Rugsburger Str. 47.

- Charlottenburg IV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg V: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg VI: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg VII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg VIII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg IX: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg X: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XI: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XIII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XIV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XVI: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XVII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XVIII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XIX: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XX: Uxulial, Rugsburger Str. 47.

- Charlottenburg III: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg IV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg V: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg VI: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg VII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg VIII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg IX: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg X: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XI: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XIII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XIV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XVI: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XVII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XVIII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XIX: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XX: Uxulial, Rugsburger Str. 47.

- Charlottenburg III: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg IV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg V: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg VI: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg VII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg VIII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg IX: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg X: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XI: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XIII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XIV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XV: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XVI: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XVII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XVIII: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XIX: Uxulial, Rugsburger Str. 47.
- Charlottenburg XX: Uxulial, Rugsburger Str. 47.